

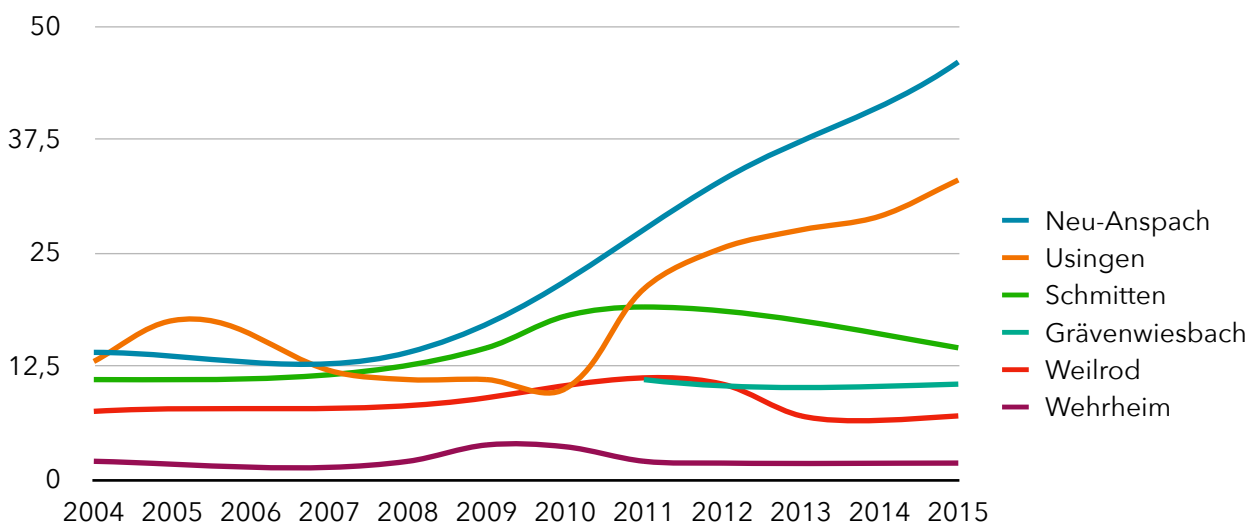
# Faktencheck vor der Kommunalwahl am 14. März

In der Stadt gehen diverse Gerüchte zur Haushaltssituation um. Wir haben wertneutral die Fakten zur Haushaltslage zusammengetragen, um Ihnen, den Wählerinnen und Wählern, eine möglichst informierte Wahlentscheidung zu ermöglichen.

## Behauptung 1 „Die Verantwortlichen suchen die Fehler nur in der Vergangenheit“

Neu-Anspach hat nicht erst seit gestern ein Schuldenproblem. Die Gründe für die heutige finanzielle Situation der Stadt reichen mehrere Jahrzehnte zurück. Wer sich heute Gedanken darüber machen will, wie der Haushalt der Stadt zu sanieren ist, muss diese Gründe identifizieren, benennen und die daraus resultierenden Probleme beheben. Es ist menschlich nachvollziehbar, dass diejenigen, die zu dieser Zeit politisch federführend waren, über diese Gründe nicht allzu gerne reden, doch führt kein Weg daran vorbei. Wer die Vergangenheit nicht kennt, wird die Zukunft nicht gestalten können. Fakt ist jedenfalls, dass die Politik der letzten Jahrzehnte Neu-Anspach auf einen Höchstschuldenstand - insbesondere im Vergleich zu den Nachbarkommunen - gebracht hat.

Gesamtschuldenentwicklung vor 2015



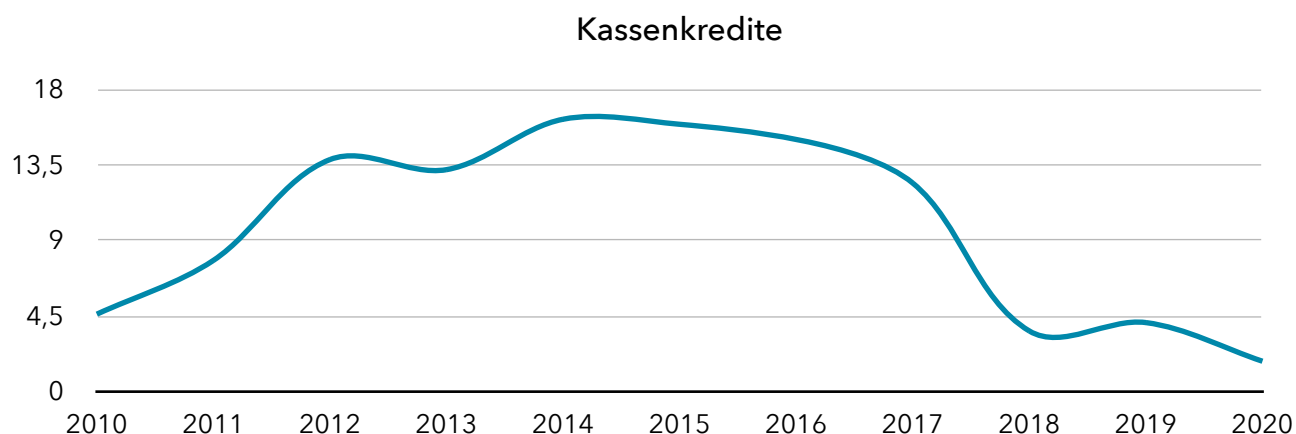
## Behauptung 2 „Die Hessenkasse hat die Stadt Neu-Anspach entlastet“

Mit der Einführung der Hessenkasse und der Ablösung von Kassenkrediten hat der Finanzminister die gefährliche Praxis beendet, den Rahmen der Dispokredite für Kommunen und Kreise weit zu überdehnen. Schon immer gab es eine deutliche Empfehlung der Genehmigungsbehörden, diese Kredite nicht über einen Betrag von

200 Euro je Einwohner auszudehnen – für Neu-Anspach wären das maximal 3 Millionen Euro. Vor 2016 und ohne die per Volksentscheid beschlossene Schuldenbremse erreichte der beantragte Genehmigungsrahmen in Neu-Anspach circa 20 Millionen Euro. Vor dem Stichtag für die Hessenkasse konnte die aktuelle Verwaltung der Stadt den Betrag der Kassenkredit auf 13,4 Millionen Euro reduzieren. Hiervon wurden 11,6 Millionen Euro in die Hessenkasse übernommen. 50% des Gesamtbetrages verblieben in den Büchern der Stadt und sind mit 25 Euro pro Einwohner und Jahr zu tilgen, somit wird der städtische Haushalt nun für etwas über 15 Jahre mit einer Tilgungszahlung von 365.600 Euro pro Jahr belastet.

### Behauptung 3 „Die Verschuldung der Stadt steigt stetig an“

Die Verschuldung der Stadt Neu-Anspach ist seit fünf Jahren rückläufig. Seit 2017 kann endlich an der Entschuldung des städtischen Haushaltes gearbeitet werden. Betrug die Nettoneuverschuldung der Stadt im Jahr 2015 noch 6 Millionen Euro und 2016 rund 900.000 Euro, konnte in den Haushaltsjahren 2017 bis 2019 jeweils rund eine Million Euro an Verschuldung abgebaut werden. Auch der Kassenkreditbedarf der Stadt Neu-Anspach ist drastisch gesunken.



### Behauptung 4 „Die Bürger werden immer weiter belastet“

Bis zum Jahre 2016 konnte der ehemalige Bürgermeister durch das jährliche Überziehen des Kontos den Haushalt ausgleichen und so Steuererhöhungen umgehen, wie in den vorangehenden Grafiken zu sehen ist. Mit Einführung des Hessenkassengesetzes ist die Möglichkeit des über Schulden finanzierten Haushaltsausgleichs nicht mehr möglich. Die Hessenkasse verbietet die Neuaufnahme weiterer Schulden - diese können nun nicht mehr durch eine Überziehung des Kontos versteckt werden - der städtische Haushalt ist somit ehrlicher. Durch die Einführung der Nachhaltigkeitssatzung in Neu-Anspach wurde dafür gesorgt, dass die Verwaltung das ausgleichende Defizit nicht einfach auf die Grundsteuer B aufschlagen kann, sondern

getrennt als sogenannten Generationenbeitrag ausweisen und jährlich neu mit den Stadtverordneten diskutieren muss. Dadurch ergibt sich für eine Erhöhung dieser Steuer ein höherer Rechtfertigungszwang. Die berühmte „Liste der Grausamkeiten“, die noch im Jahr 2016 zu den Haushaltsberatungen vorgelegt wurde, ist somit vom Tisch. Im Übrigen: Die Kosten für Müll, Wasser und Abwasser sind in Neu-Anspach anders als in anderen Kommunen, annähernd konstant geblieben. Dazu kommt, dass die Stadt Neu-Anspach eng mit dem Rechnungsprüfungsamt des Hochtaunuskreises zusammen arbeitet, um weitere Sparpotentiale auszuloten. Anzumerken ist, dass von 2010 bis 2015 der Hebesatz für die Grundsteuer B von 260% auf 540% anstieg, ohne dass eine Überprüfung wie beim aktuellen Satz zwingend vorgegeben war.

## **Behauptung 5** „Haushalte wurden nicht genehmigt, der Magistrat nicht entlastet“

Die Stadt Neu-Anspach wurde bereits 2015 in die 186. vergleichende Prüfung „Haushaltsstruktur 2015: Städte“ einbezogen. Ein kleiner Auszug aus dem Prüfbericht der Revision des Hochtaunuskreises von 2016 zeigt, welche Probleme damals attestiert wurden. Zitat aus dem Prüfbericht S.9 Absatz 1.4 - das Jahr 2015:

- Nicht ausgeglichene Jahresergebnisse („nicht rechtmäßig und nicht sachgerecht“)
- Haushaltssicherungskonzepte „nicht rechtmäßig und nicht sachgerecht“

Dieser Haushalt wurde übrigens in der letzten Legislaturperiode 2011 bis 2016 einstimmig angenommen. Und hier war die Lage der städtischen Finanzen deutlich desaströser, als es heute der Fall ist. Die Genehmigungsbehörde hat in der Tat die Genehmigung des Haushaltes 2020 versagt. Im Jahr 2020 hatten sich die ursprünglichen Haushaltfestsetzungen deshalb als überarbeitungsbedürftig herausgestellt, weil eine hohe Gewerbesteuerrückzahlung von 1,8 Millionen Euro an ein Unternehmen fällig wurde. Eine Rückzahlung in dieser Höhe war bei Aufstellung des Haushaltsplanes nicht absehbar. Bei Überarbeitung des Haushaltsplanes hatte die Kommunalaufsicht zunächst die Weisung erteilt, einen Haushalt aufzustellen, der Corona nicht berücksichtigt. Diese Weisung wurde im Laufe des Sommers 2020 im Zuge eines Personalwechsels bei der Aufsicht zurückgezogen. Durch diesen plötzlichen Kurswechsel der Kommunalaufsicht, war demnach auch die überarbeitete Haushaltsversion nicht mehr genehmigungsfähig und somit hatte Neu-Anspach im Jahr 2020 keinen genehmigten Haushalt. Der Magistrat wurde, wie gesetzlich vorgesehen, bisher für alle Haushaltsjahre von der Stadtverordnetenversammlung entlastet. Die Entlastung für das Haushaltsjahr 2019 steht noch aus, da diese aus Zeitgründen in der abgelaufenen Legislaturperiode nicht mehr behandelt werden konnte.

## **Behauptung 6** „Neu-Anspach hat sich in den letzten fünf Jahren nicht entwickelt“

Thomas Pauli hat das Amt des Bürgermeisters vor vier Jahren von seinem abgewählten Vorgänger übernommen. Schwerpunkt der Arbeit in den letzten vier Jahren war es, die Finanzsituation der Stadt zu sichten, die der zugrundeliegenden Probleme zu identifizieren und zu beheben. Im gemeinsamen Arbeitskreis aller Fraktionen wurden durch die Vorarbeit und Vorschläge der Verwaltung weitere Sparpotentiale erarbeitet:

- Der Bauhof der Stadt Neu-Anspach hat bis vor kurzem 1.134 innerstädtische Grünflächen gepflegt, die zum Teil nur wenige Quadratmeter groß sind, oder der Stadt nicht gehören. Das wurde nun geändert.
- Die Stadt Neu-Anspach hat seit Jahren den umliegenden Kommunen die Kosten für Leistungen, welche die Stadt für sie erbringt, nicht annähernd kostendeckend in Rechnung gestellt. Das wurde nun geändert.
- Gleichzeitig wurde Neu-Anspach in den letzten Jahren in vielen Bereichen auch fit für die Zukunft gemacht. Hier ein paar Beispiele:
  - Die Sanierung des Waldschwimmbades wurde endlich angegangen. Damit sichern wir die Zukunft des Schwimmbades für unsere Stadt.
  - Der Stadtwald wurde in städtische Verantwortung zurückgeführt. Das gibt uns gerade im Zuge des zu beobachtenden Waldsterbens die Möglichkeit, auf Veränderungen vor Ort optimal zu reagieren.
  - Neu-Anspach hat endlich wieder eine Wirtschaftsförderung eingeführt. Diese hat sich gerade angesichts der derzeitigen Corona-Pandemie bewährt.
  - Der Forst wurde in Eigenbeförsterung übernommen, mit dem Ziel, nachhaltig auf die besonderen Bedingungen in der eigenen Gemarkung einzugehen und nach Möglichkeit auch Kosten zu sparen.
  - In stark durch die Bürger unterstützten Arbeitskreisen wurde das Stadtentwicklungskonzept erarbeitet. Endlich liegt also ein Rahmenwerk vor, wie wir Neu-Anspach weiter ausbauen wollen.

## **Behauptung 7** „Es gab erhebliche Einschnitte, insbesondere in der Jugendarbeit“

Die Haushaltsberatungen 2021 drohten auf erhebliche Einschnitte und Mehrbelastungen der Bürger zuzulaufen. Im Raum standen 1100 Punkte Grundsteuer B. Durch viele Arbeitssitzungen konnte dieser Betrag deutlich reduziert und besagte erhebliche Einschnitte vermieden werden. Haushaltskonsolidierung kann nur auf dem

Weg erfolgen, dass sich die Stadtverordneten darüber klar werden, in welchen Bereichen die Stadt Strukturen unterhält, die weit über das hinausgehen, was vergleichbare Kommunen leisten. Die Jugendarbeit der Stadt stellt hier mit ca. 4,7 Millionen Euro die größte Defizitposition dar. Alleine das städtische Jugendhaus hat über 200.000€ Kosten im Jahr verursacht. In diese Summe ist das „Streetwork“ (50.000€) noch nicht eingerechnet. Häufig kam es auch zu Kompetenzkonflikten zwischen dem Betreiber des Jugendhauses und der Stadt. Diesen Mehrfachzuständigkeiten und Kosten stand eine geringe Annahme des Jugendhauses durch die Jugendlichen selbst gegenüber. Über das ganze Jahr verteilt wurde das Jugendhaus gerade einmal durchschnittlich von 16 Jugendlichen pro Tag aufgesucht. Das sind in etwa 50€, die die Stadt für jeden Einzelbesuch dieser Jugendlichen ausgegeben hat. Durch das neue Konzept für das Jugendhaus sollen diese Missstände einschließlich der finanziellen Schieflage behoben werden. Der neue Haushaltsansatz beträgt immer noch rund 150.000 Euro für das Jugendhaus inklusive Streetworker und liegt damit deutlich über dem, was sich andere Kommunen in diesem Bereich leisten. Laut dem Träger des Jugendhauses ist die Öffnung des Jugendhauses an 4 Tagen pro Woche bei reduziertem Angebot möglich. Der Blick in Nachbarkommunen zeigt, dass mit dem Geld durchaus eine gute Jugendarbeit möglich ist.